



EEG-Umlage runter - Stromkosten rauf!

Ausbeutung

NAEB 1908

Der Stromverbraucherschutz NAEB, Zusammenschluss von vorwiegend Energiefachleuten, jahrzehntelang für eine sichere Stromversorgung zuständig, verfolgt kritisch die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) wird bei weiter steigenden Strompreisen sinken. Warum?

Die Bundesregierung versucht alles, um die Energiewende durchzusetzen. Inzwischen geißeln aber selbst die regierungstreuen Medien die hohen und steigenden EEG-Kosten, die mehr als 25 Milliarden Euro jährlich erreicht haben, rund 300 Euro pro Einwohner. Man muss sich gegen diesen Trend etwas einfallen lassen.

CO2-Steuer und Zertifikate-Kosten sollen die EEG-Umlage ablösen

Die Lösung ist ganz einfach. Die Kosten für die Kohlenstoffdioxid-Emissionen (CO2) werden erhöht. Die Europäische Union in Brüssel spielt mit. Sie will die CO2-Zertifikate, d.h. letztlich die Menge an zu verbrennender Kohle mit dem Argument deutlich vermindern, für den Klimaschutz sei dies notwendig und alternativlos.

Die Zertifikate werden damit knapper und da der Preis sich frei nach Bedarf bildet, steigt der Preis zwangsläufig, da ja die Kraftwerke diese Zertifikate kaufen müssen, wenn sie Kohle oder andere Brennstoffe einsetzen wollen. Damit steigen die Kosten und damit auch die Erzeugerpreise für Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken.

Es gilt die Faustregel: Eine Verteuerung der Zertifikate um 10 Euro pro Tonne CO2 verteuert den Strom aus Kohlekraftwerken um einen Cent je Kilowattstunde (Ct./kWh). Mit dieser verkappten Steuer auf Kraftwerkstrom sollen die Erzeugungskosten von Kohlestrom über die Vergütung für Wind-, Solar- und Biogasstrom in die Höhe getrieben werden. Dann wäre "Grünstrom" irgendwann konkurrenzfähig. Die EEG-Umlage würde auf null sinken, denn der Fakepower-Strom (s.u.) würde nicht mehr unter den Vergütungskosten, also zu Dumpingpreisen, an der Strombörse verramscht werden. Soweit die Theorie. Doch die Realität sieht etwas anders aus.

Der vom Wetter abhängige "Grünstrom", der stark schwankt und auch nicht vorhersagbar ist, hat einen deutlich geringeren kaufmännischen Wert als der planbare Kraftwerkstrom - volkswirtschaftlich ist der Wert sogar negativ. Er kann das Stromnetz nicht stabilisieren. Mit über 35% Anteil am Inlandsverbrauch im Jahresmittel - nicht zu verwechseln mit der Inlandsproduktion inklusive Export - würde das sogenannte Blackout-Risiko auf eine nicht mehr vertretbare Größenordnung steigen.

Fakepower ist Strom zweiter Klasse, der von der Bundesregierung und von allen Bundestagsparteien, bis auf die AfD, als Heilsbringer und Weltenretter gepriesen wird, wodurch die Bevölkerung getäuscht wird. NAEB hat daher zu Recht den Begriff Fakepower für den Strom aus Sonne, Wind und Biogas entwickelt.

Bereits seit Jahren gibt es so viele Wind- und Solaranlagen, dass bei Sonnenschein und Starkwind die Fakepower-Erzeugung die maximal mögliche Nachfrage von 55 Prozent übersteigt. Geeignete wirtschaftliche Stromspeicher sind nicht einmal ansatzweise in Sicht. Daher muss Überschussstrom kostenpflichtig entsorgt werden. Oder es müssen Wind- oder Solaranlagen abgeschaltet werden. Dann erhalten die Betreiber eine Ausfallentschädigung in Höhe von 95 Prozent der entgangenen Vergütungskosten. Sie erhalten also Geld für nicht benötigten und nicht gelieferten Strom. Ein Bäcker, der zu viele Brötchen gebacken hat, bleibt entschädigungsfrei auf seinem Überschuss sitzen.

EEG-Umlage sinkt nicht auf null

Die Ausfallentschädigungen und die Entsorgungskosten für Überschussstrom bleiben Teil der EEG-Umlage und steigen mit jeder weiteren Anlage. Gegenüber dem aktuellen Stand werden steigende CO2-Zertifikatkosten oder eine CO2-Steuer die Einspeisekosten von Fakepower und damit die EEG-Umlage deutlich reduzieren. Wenn der Rest dann aus Steuergeldern abgedeckt wird, kann der Wegfall der EEG-Umlage als Erfolg der Energiewende ausgegeben werden.

Netzgebühren und Strombeschaffungskosten steigen kräftig

Den Stromkunden nutzt das nichts. Die Strompreise steigen trotzdem. Mit höheren Abgaben für die CO2-Emissionen steigen auch die Erzeugerpreise der Kraftwerke und damit die Beschaffungskosten der Stromversorger. Die Stromnetze müssen ausgebaut werden, um Fakepower einzusammeln.

Besonders teuer sind Anbindungen von Windkraftanlagen auf See an die Umspannwerke an der Küste, die teilweise noch gebaut werden müssen. Darüber hinaus verschlingen geplante Stromtrassen von Nord nach Süd viele Milliarden. Größere Teile solcher Leitungen sollen nach Bürgerprotesten ins Erdreich verlegt werden. Das ist siebenmal teurer als eine Freileitung. Doch den der Klimaideologie verfallenen Politikern ist das egal. Stromkunden bezahlen alles über höhere Netzgebühren.

Auch die Kosten für Regelkraftwerke steigen weiter

Die stark schwankenden Leistungen von Fakepower müssen durch Regelkraftwerke ausgeglichen und an die Nachfrageleistung angepasst werden. Die Regelkraftwerke im Teillastbetrieb oder gar in Bereitschaft nutzen Brennstoffen. Indirekt ist damit Fakepower nicht CO2-frei. Kraftwerke in Bereitschaft ohne Stromeinspeisung benötigen etwa 10 Prozent der Vollast-Brennstoffmenge. Im Regelbetrieb wird kein optimaler Wirkungsgrad erreicht. Fakepower-Vorranginspeisung treiben die Regelkosten in die Höhe. Sie sind durch die Energiewende von 100 Millionen Euro jährlich auf 1.600 Millionen geklettert.

Nun sollen intelligente Zähler die Regelkosten drücken. Sie sollen mit Großverbrauchern wie Waschmaschinen, Trockner, Herde und Spülmaschinen vernetzt werden, die nur eingeschaltet werden, wenn Strom zur Verfügung steht. Bei Mangel bleiben sie abgeschaltet. Das Internet als Großverbraucher soll außen vor bleiben. Alles muss vom Stromverbraucher bezahlt werden. Die Stromrechnung steigt weiter.

Falsche Entwicklungshilfe

Einnahmen aus CO2-Zertifikaten sollen nach derzeitigen Angaben für den Bau von Ökostromanlagen in Entwicklungsländern verwendet werden. In vielen Fällen bieten sich Nichtregierungs-Organisationen wie Greenpeace an, den Bau von Fakepower-Anlagen in Entwicklungsländern zu übernehmen. Sie werden damit ohne eine Kontrolle durch Bundesregierung oder Bundestag staatlich finanziert. Fakepower-Anlagen können keinen planbaren Strom erzeugen, der für eine industrielle Fertigung unerlässlich ist. Es wird teure und falsche Entwicklungshilfe betrieben.

Arbeitsplätze gehen verloren

Die CO₂-Emissionen durch Steuern oder Zertifikate zu verteuern, ist der falsche Weg. Stromkosten steigen dadurch noch schneller. Die Kaufkraft sinkt und immer mehr Arbeitsplätze gehen verloren. Fast täglich liest man in Zeitungen, dass große Firmen Entlassungen im großen Stil planen. Schaut man genauer hin, werden Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen und werden mit dem Abklemmen des Stroms vom gewohnten Wohlstand ausgeschlossen. Das führt zu wachsenden sozialen Spannungen. Was ist zu tun?

Es muss Schluss sein mit der Energiewende! Die Umwelt wurde mehr als notwendig durch mehr als 30.000 Windgeneratoren, nahezu 2 Millionen Fotovoltaik-Anlagen und Monokulturen von Energiepflanzen zerstört. Das politische Ziel, CO₂-Emissionen zu verringern, wurde verfehlt. Dabei beruhen die eingetretenen Verringerungen der Emissionen zum Teil auch noch auf der Verlagerung von Industrien in das Ausland. Nach über 20 Jahren finanzieller und politischer Unterstützung der Fakepower-Erzeugung muss realisiert werden, dass eine solche Wende keine Zukunftslösung ist.

Die Braunkohlekraftwerke sind Basis der deutschen Stromerzeugung

Wirtschaftlich und mit der geringsten Umweltbelastung wird Strom mit Braunkohle und Kernenergie erzeugt. Da Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland politisch abgelehnt wird, Abschaltungen beschlossen und weit fortgeschritten sind, bleibt nur Braunkohle als Grundlastträger. Moderne Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad und effektiver Abgasreinigung sind in Betrieb.

Es gilt, solche Kraftwerke auszubauen statt stillzulegen. Sie erzeugen Grundlast mit einer stabilen Frequenz dank ihrer großen Rotationsmassen. Steinkohlekraftwerke sollten wie schon früher wieder die Mittellast übernehmen und Gas- und Ölkraftwerke die Spitzenlasten. Die dafür notwendigen Kraftwerke und Hochspannungsnetze sind alle vorhanden. Der Stromnetz-Effizienz-Stand der Bundesrepublik Deutschland ist bei Weitem der höchste weltweit, belastet mit dem Kostenballast von Energiewende und Fakepower als Fußfessel.

Wann gibt es wieder eine Bundesregierung und Bundespolitiker, die sachlich nach Fakten ohne ideologische Scheuklappen entscheiden? Wann werden in Deutschland wieder echte Fachleute gefragt? Für die sogenannte Kohlekommission wurden nur Pseudofachleute ernannt, die das von der Regierung gewollte Ergebnis präsentierten. Ist dies die Politik der Zukunft?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel

Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: NAEB 181501

Grüne Energiepolitik wird zu Stromausfällen führen! - Karsten Hilse - AfD-Fraktion im Bundestag

www.youtube.com/watch?v=tF4np8K08vc

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19092.pdf#P.10954>

4. April 2019 | Mit Ihrer Genehmigung beginne ich mit einem Zitat aus einem Tweet eines offensichtlichen Spezialexperten für Energieversorgung und Stromrationierung, des ehemaligen Präsidenten des NABU, Staatssekretär Flasbarth.

Auf die Frage "Welche Energieform soll nach der Abschaltung der Kohle- und Kernkraftwerke die Grundlast sichern bzw. diese Kraftwerke ersetzen?", antwortete er:

"Grundlast wird es im klassischen Sinne nicht mehr geben. Wir werden ein System von Erneuerbaren, Speichern, intelligenten Netzen und Lastmanagement haben." Ein wahrer Experte!

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

